

BUND Naturschutz warnt vor gravierenden Eingriffen

Drohender Raubbau am Staatswald im Osten von Amberg

Nach wie vor ist der viel zu hohe Flächenverbrauch für Baugebiete und Straßenprojekte eines der größten Umweltprobleme in Bayern. Gemäß Beschluss der Bayerischen Staatsregierung besteht das Ziel, den Flächenverbrauch auf 5 Hektar pro Tag in Bayern mehr als zu halbieren. Doch anstelle einer Problemlösung droht eine dramatische Verschärfung der damit zusammenhängenden Naturzerstörung.

Dabei kritisiert der BUND Naturschutz (BN), dass es wachsende Begehrlichkeiten gibt, Staatswaldflächen für Gewerbeansiedlungen, Straßenbau und Rohstoffabbau zu vereinnahmen, wodurch der Wald gerodet wird und verloren geht. Ein besonders drastisches Beispiel für solche Planungen mit einer bayernweit bedeutsamen Dimension ist der Freihölser Forst östlich von Amberg.

Hier lief in den letzten Wochen das Beteiligungsverfahren für den Bau der Sandaufbereitungsanlage eines großen Betonwerks, der 18,5 Hektar Staatswald zum Opfer fallen sollen. Weitere Eingriffe durch Straßenbau, Gewerbegebiete und Sandabbau sind in Planung, obwohl erst vor wenigen Jahren 5,6 Hektar Staatswald durch die Verbreiterung der Bundesstraße B 85 und weitere 10,6 Hektar Staatswald zur Schaffung des Gewerbegebiets „Schafhof III“ gerodet wurden.

„Ein solches Vorgehen hält der BUND Naturschutz angesichts der Verantwortung für den öffentlichen Wald, aber auch hinsichtlich der proklamierten Ziele für den Klimaschutz für völlig inakzeptabel“, so **Richard Mergner, Landesvorsitzender des BUND Naturschutz**. „Der Staatswald muss zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger Bayerns erhalten und vorbildlich bewirtschaftet werden und darf nicht zu einer Reservefläche für Eingriffsplanungen aller Art werden. Hier stehen Ministerpräsident Markus Söder und Finanzminister Albert Füracker in der Pflicht, einem exzessiven Raubbau am Bürgerwald einen Riegel vorzuschieben. Durch ihre bisher laxen Haltung gegenüber solchen Begehrlichkeiten schafft die Bayerische Staatsregierung fatale Fehlanreize, die dazu führen, für solche Eingriffe bevorzugt Staatswälder ins Visier zu nehmen.“

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 8. April 2021

PM 035-21/LFG

Wald

„Das Staatswaldgebiet des Freihölser Forsts droht zwischen den Interessen von Straßenbau, Gewerbeansiedlung und Sandabbau zerrieben zu werden“, so **Peter Zahn, Vorsitzender der BN-Kreisgruppe Amberg-Sulzbach**. „Dabei ist es wichtig für den Schutz und Erhalt der Wasserversorgung im Raum Amberg. Bereits in den letzten Jahren ist die Grundwasserneubildung in der Region durch ausbleibende Niederschläge stark zurückgegangen. Daher muss der Wald als ausgleichender Faktor besser als bisher geschützt und erhalten werden.“

„Die Entwicklung im Freihölser Forst zeigt das Fehlen einer nachhaltigen Regionalplanung, die auch den Klimaschutz im Blick hat“, erläutert **Reinhard Scheuerlein, Regionalreferent des BUND Naturschutz für die Oberpfalz**. „Wenn nun mit Zustimmung der Staatsregierung staatliche Waldflächen im geplanten Umfang geopfert würden, so wäre dies ein Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten, in denen großflächige Waldrodungen in Bayern noch an der Tagesordnung waren.“

Ein weiteres abschreckendes Beispiel dafür ist das Industrie- und Gewerbegebiet Teublitz im benachbarten Landkreis Schwandorf, wo im ersten Bauabschnitt 21 Hektar Staatswald gerodet und bebaut werden sollen.

„Der BUND Naturschutz ruft die Bayerische Staatsregierung dazu auf, Planungen, die mit Hilfe fragwürdiger Alternativenprüfungen erstellt wurden, nicht für die Preisgabe von Staatswald anzuerkennen“, so der BN-Landesvorsitzende. „Wir warnen davor, dass sich ansonsten eine systematische Waldzerstörung zu etablieren droht. Dabei darf die Staatsregierung nicht die Rolle eines passiven Zuschauers oder eines Erfüllungsgehilfen einnehmen. Wir appellieren daher an Ministerpräsident Markus Söder, sich entschieden für den Walderhalt, insbesondere den Erhalt der Staatswälder, zu positionieren.“

Weder „Tauschwaldflächen“ noch Ersatzaufforstungen ändern etwas daran, dass durch diese Planungen große Waldbestände mit enormen Mengen des darin gespeicherten CO₂ gerodet und damit als Kohlenstoffspeicher ersatzlos verloren gingen. Ersatzaufforstungen könnten einen nennenswerten Anteil dieser Verluste erst nach vielen Jahrzehnten ausgleichen. Doch für das Erreichen des Klimaziels von Paris ist die Kohlenstoffbindung in den nächsten zwei Jahrzehnten entscheidend.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 8. April 2021

PM 035-21/LFG

Wald

Daher fordert der BUND Naturschutz nicht nur, mit dem Flächensparen auf allen Ebenen ernst zu machen, sondern auch, mit dem Recycling von Baustoffen vorhandene Rohstoffe wiederzuverwerten anstatt immer neue Wunden in die Landschaften zu schlagen.

Für Rückfragen:

Reinhard Scheuerlein, BN-Regionalreferent für die Oberpfalz
Telefon 0175-462 55 98

Hintergrund:

Das Waldgebiet des Freihölser Forsts wurde in den letzten Jahren bereits durch massive Eingriffe und Waldverluste erheblich beeinträchtigt. Weitere Eingriffe sind bereits in Planung. Daher müssen die Störungen und Eingriffe in den Freihölser Forst im Hinblick auf Waldfunktionen und natürliche Schutzgüter summiert und als Ganzes betrachtet werden.

Bereits in den letzten Jahren erfolgte Eingriffe im Freihölser Forst:

- a) Quarzsand Tagebau Ost: Erweiterung um 4 Hektar auf Kosten von Privatwald
- b) Ausbau B 85 mit 5,6 Hektar Staatswaldrodung
- c) Gewerbegebiet Schafhof III mit 10,6 Hektar Staatswaldrodung (1. Bauabschnitt)

Neben der vorgesehenen Aufbereitungsanlage mit einer beabsichtigten Staatswaldrodung von 18,55 Hektar sind folgende weitere Eingriffe im Freihölser Forst geplant:

- d) Ausbau des Kleeblatts A 6/B 85 mit ca. 3 Hektar Staatswaldrodung
- e) Gewerbegebiet Schafhof III mit weiteren 14 Hektar Staatswaldrodung (2. Bauabschnitt)
- f) Angekündigte Erweiterung Schafhof IV mit ca. 5 Hektar Staatswaldrodung
- g) Sandabbau Fa. Zapf mit 8,9 Hektar Staatswaldrodung (geplanter Beginn Frühjahr 2021)
- h) Sandtageabbau Freihöls: 160 Hektar Staatswaldrodung

In einem eng begrenzten Bereich würden somit ca. 230 Hektar Waldfläche für Gewerbe, Straßen und Rohstoffabbau verplant werden!

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 8. April 2021

PM 035-21/LFG

Wald